

Bundesminister Olaf Scholz
SPD-Parteivorstand
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Berlin, 17. September 2021

„Pflegegipfel jetzt! – Gemeinsam für eine starke Pflege in Deutschland“

Sehr geehrter Herr Scholz,

in der nächsten Legislaturperiode brauchen wir mutige politische Schritte, damit Menschen mit Pflegebedarf in Deutschland in den unterschiedlichen pflegerischen Settings gut versorgt werden und zuversichtlich auf eine Lebenssituation blicken können, die von Pflegebedürftigkeit geprägt ist.

Wie eine aktuelle Allensbachstudie für die DAK deutlich macht, sieht selbst die Jugend dringenden politischen Handlungsbedarf für die Pflege. Substantielle Vorschläge aus dem wissenschaftlichen Bereich und aus der praxisbasierten Arbeit der Verbände liegen vor. Jetzt braucht es ein politisches Signal des Aufbruchs in der Pflegepolitik.

Wir wenden uns mit dem dringenden Anliegen an Sie, bald nach der Konstituierung des 20. Deutschen Bundestages und der Bildung der neuen Bundesregierung einen Pflegegipfel einzuberufen. Ziel muss es aus unserer Sicht sein, Maßnahmen zu beraten und umzusetzen, die kurzfristig spürbare Verbesserungen im Pflegealltag bewirken und die die Weichen für die mittelfristig notwendigen Reformschritte stellen.

Die Unterzeichner:innen repräsentieren ein breites Spektrum von Perspektiven auf die Lebenssituation pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen, die heutige pflegerische Infrastruktur, die professionelle Pflege und die pflegewissenschaftlichen Grundlagen guter, verantwortungsvoller Pflege.

Unterstützer*innen

- Arbeiterwohlfahrt (AWO)
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO)
- Bündnis Pro Pflege
- DAK-Gesundheit
- Deutscher Caritasverband
- Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege (DEVAP)
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK)
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
- Deutscher Pflegerat
- Diakonie Deutschland
- Prof. Dr. habil. Thomas Klie
- Kuratorium Deutsche Altershilfe
- Netzwerk Soziales neu gestalten
- Prof. Dr. Heinz Rothgang
- Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland (VdDD)
- Verband katholischer Altershilfe in Deutschland (VkAD)
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
- wir pflegen (Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger)

Drei pflegepolitische Anliegen sind aus unserer Sicht zentral:

1. Häusliche Pflege wirksam unterstützen

Nach wie vor wird die pflegerische Versorgung pflegebedürftiger Menschen in Deutschland überwiegend von An- und Zugehörigen getragen. Die Unterstützung pflegender An- und Zugehöriger und gute Rahmenbedingungen für die häusliche Pflege sind für die Bewältigung dieser Herausforderung und die Bereitschaft zur Übernahme von Pflegeverantwortung elementar. Von zentraler Bedeutung ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Berufstätigkeit für Männer und Frauen. Dazu geben die Handlungsempfehlungen des Ersten Berichts des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wichtige Hinweise. Außerdem müssen an dieser Stelle auch Konsequenzen aus dem höchstrichterlichen Urteil über die Arbeitsbedingungen im Haushalt lebender Pflegehilfen gezogen werden. Zur Stärkung der häuslichen Pflege sind Strukturen und Rahmenbedingungen zu schaffen, um – im Sinne des Ansatzes der Family Health Nurse der WHO – gemeindenahen, familien- und gesundheitsorientierte Dienste unter Einbeziehung zivilgesellschaftlichen Engagements zu etablieren.

2. Professionelle Pflege neu positionieren

Das größte Zukunftsproblem der Pflege ist es, eine ausreichende Zahl von Pflegefachpersonen für eine qualitativ hochwertige Pflege zu gewinnen. Für die Attraktivität des Berufs ist entscheidend, ob junge Menschen erfahren, dass sie mit einem Beruf in der Pflege die für sie wichtigen Werte in der Praxis realisieren können. Dafür sind die Arbeitsbedingungen entscheidend. Sie gehen einher mit ausreichend qualifiziertem Personal, einer fairen Bezahlung, Zeit für Pflegebedürftige, verlässlichen und planbaren Arbeitszeiten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie einem gesunden Arbeitsumfeld. Aktuell besteht besonderer Handlungsbedarf in der vollstationären Pflege: Um die weiterhin bestehende Personallücke zu schließen, muss das Personalbemessungsverfahren vollständig umgesetzt werden. Strategisch wichtig ist die Einbeziehung der akademischen Pflegequalifikation in allen Feldern der Pflege. Eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Pflege erfordert Rahmenbedingungen, die es Pflegefachpersonen und beruflich Pflegenden ermöglichen, ihre Profession entsprechend ihrer erworbenen Kompetenzen auszuführen.

3. Finanzielle Belastung fair verteilen

Seit einigen Jahren zeigen die dramatisch gestiegenen Eigenanteile in der vollstationären Pflege die Notwendigkeit einer Finanzreform der Pflegeversicherung. Zum Ende der laufenden Legislaturperiode ist zwar eine Dämpfung des Kostenanstiegs durch prozentuale Leistungszuschläge der Pflegeversicherung beim einrichtungseinheitlichen Eigenanteil vorgenommen worden, die aber nur kurzfristig wirken wird. Deshalb fordern wir eine grundlegende Reform, die die pflegebedingten Kosten für die Versicherten in der Langzeitpflege nachhaltig begrenzt und auch in der häuslichen Versorgung reduziert.

Sehr geehrter Herr Scholz,

bitte machen Sie schon jetzt – vor der Wahl – deutlich, dass Ihnen der dringende Handlungsbedarf in der Pflege bewusst ist. Sollten Sie die nächste Bundesregierung führen, welche konkreten, beherzten Schritte werden auf ihrer pflegepolitischen To-do-Liste ganz oben stehen? Wir freuen uns über eine Rückmeldung zu Ihren konkreten Vorhaben in der nächsten Legislaturperiode.

Als Verbände, Gewerkschaften und Wissenschaftler:innen bündeln wir Expertise, die wir gern für die Entwicklung hilfreicher politischer Maßnahmen und Konzepte zur Verfügung stellen. Auf eine Einladung zu einem Pflegegipfel zu Beginn der neuen Legislaturperiode freuen wir uns. Für eine gute Politik im Interesse der pflegebedürftigen Menschen und der beruflich Pflegenden haben Sie uns an Ihrer Seite.

Mit freundlichen Grüßen



Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik
Diakonie Deutschland



Wilfried Wesemann, Vorstandsvorsitzender
des DEVAP



Jens Schubert, Vorstandsvorsitzender der
AWO



Franz Münterfering, Vorsitzender
bagso



Bernhard Schneider, Sprecher des
Bündnis Pro-Pflegereform



Eva M. Welskop Deffaa,
Vorstand Sozial- und Fachpolitik,
Deutscher Caritasverband



Prof. Christel Bienstein,
Präsidentin des DBfK



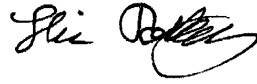
Anja Piel, DGB-Vorstandsmitglied



Prof. Dr. habil. Thomas Klie,
Evangelische Hochschule
Freiburg



Helmut Kneppe, Vorstandsvorsitzender
KDA



Prof. Dr. Heinz Rothgang,
SOCIMUM Forschungszentrum
Ungleichheit und Sozialpolitik,
Universität Bremen



Ingo Habenicht,
Vorstandsvorsitzender des VdDD



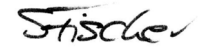
Eva-Maria Güthoff, Vorsitzende
VKAD




Sylvia Bühler, Mitglied
ver.di-Bundesvorstand



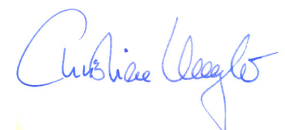
Andreas Storm, Vorstands-
vorsitzender DAK-Gesundheit



Sebastian Fischer, Vorstands-
vorsitzender wir pflegen!



Bodo de Vries, Vorstands-
vorsitzender, Netzwerk: Soziales neu
gestalten



Christine Vogler, Präsidentin
Deutscher Pflegerat